

Platz abbeck

Nr. 2, 23. März 2010

DIE LINKE.
FRAKTION IM RAT DER STADT KÖLN

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Köln
V.i.S.d.P. DIE LINKE., Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, email: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de,
www.linksfraktion-koeln.de

Köln wird Skandal-Reinarz endlich los

KVB-Direktor wird vom Aufsichtsrat abberufen

6 Jahre lang war Walter Reinarz, gelernter Verwaltungsbetriebswirt (!), technischer Direktor der KVB. In dieser Eigenschaft war er verantwortlich für den U-Bahn-Bau. Man kann darüber spekulieren, ob ein Ingenieur nicht die bessere Wahl für diesen Posten gewesen wäre. Auf alle Fälle hatte Reinarz mit seiner CDU-Mitgliedschaft das richtige Parteibuch. Schließlich sind in Köln wichtige kommunale Posten jahrzehntelang als Belohnung für lang gediente Parteifunktionäre vergeben worden.

Weil inzwischen sogar der KVB-Anwalt einräumt, die Bauaufsicht der KVB habe nicht funktioniert, wollte der Aufsichtsrat und die Stadt Reinarz nun gerne loswerden. DIE LINKE. hatte das bereits nach dem Stadtarchivesturz gefordert. Lediglich die CDU hielt wider besseren Wissens an Skandal-Reinarz fest. Der Kölner Parteivorsitzende Hollstein sah noch am 13. März diesen Jahres „kein Indiz dafür“, dass sein für die Bauaufsicht verantwortlicher Parteifreund „Mist gemacht“ hätte.

Eine einvernehmliche Vertragsauflösung scheiterte daran, dass Reinarz die erforderlichen Sicherheiten für seine Abfindung von 1-1,5 Mio. Euro nicht aufbringen sollte. Die sollte er nämlich zurückzahlen, konnte die Staatsanwaltschaft seine Schuld feststellen.

Nun hat der Aufsichtsrat Reinarz abberufen. Das kann er tun, weil er einen wichtigen Grund hat: Das Vertrauen zwischen ihm als technischen Direktor und dem KVB-Aufsichtsrat ist zerstört. Das ist aber unabdingbar, damit die KVB ihre Aufgabe in der kommunalen Daseinsvorsorge erfüllen kann: einen öffentlichen Personennahverkehr bereitstellen, der sicher ist.

Lange genug hat Köln und die KVB an einem anscheinend unfähigen kommunalen Manager festgehalten. Das von den großen Parteien in Köln getragene System „Parteibuch vor Qualifikation“ hat endgültig abgewirtschaftet. *Jörg Detjen*

Endlich Konsequenzen aus dem Einsturz des Stadtarchivs ziehen!

DIE LINKE. will mehr Mitarbeiter für das Amt für Brücken und Stadtbahnbau

Ein Jahr nach dem Einsturz des Stadtarchivs ist die genaue Fehlerquelle des Unglücks am Waidmarkt noch nicht bekannt. Doch das scheint nur noch eine Frage der Zeit zu sein. Im Herbst, wenn die Spuntwände besichtigt werden können, werden sich die Fakten verdichten.

Wer letztlich die Schuld trägt, wird ein Gericht entscheiden. Doch jenseits der Schuldfrage gibt es aber auch eine politische Verantwortung, die Herr Schramma und Herr Reinarz tragen. Verantwortung trägt aber auch der Rat, der sich fragen muss, ob alles so weitergehen soll.

DIE LINKE. meint, so darf es nicht weiter gehen! Deshalb haben wir einen Antrag nach zusätzlichem Personal für das Amt für Brücken und Stadtbahnbau eingebracht. Wir von der LINKEN haben sehr früh darauf hingewiesen, dass die Verwaltungsstrukturreform, die Auflösung des Dezerna-

tes für Stadtentwässerung, Brücken und Stadtbahnbau, die Überführung des Amtes 69 zum Baudezernenten Streitberger und die Übertragung der Bauträgerschaft auf die KVB die entscheidenden Fehler waren, für die der Rat verantwortlich ist. Das sehen inzwischen viele so.

Wir haben in diesen Debatten immer wieder darauf hingewiesen, dass die Übertragung und das Weiterdelegieren von hoheitlichen Aufgaben bis hin zu den privaten Bauunternehmen ein zweiter entscheidender, grob fahrlässiger Fehler war.

Deshalb haben wir vor einigen Wochen unsere Bundestagsfraktion eingeschaltet. Sie wird dafür eintreten, dass die Verordnung über den Bau und Betrieb der Straßenbahnen dahin gehend geändert wird, dass eine solche Übertragung ausgeschlossen wird. Der Bauausschuss wird sich mit dem Thema vermutlich Ende April befassen. 



Die Fraktion LINKE. machte sich bei der Besichtigung der Baugrube am Heumarkt ein eigenes Bild von den U-Bahnarbeiten. Von links: Gisela Stahlhofen (Fraktionssprecherin), Jörg Detjen (Fraktionssprecher), Michael Weisenstein (Aufsichtsratsmitglied KVB für DIE LINKE.), Wilfried Kossen (Fraktionsmitarbeiter)

sen. Entscheidend wird aber sein, ob die Bundesregierung diese Verordnung ändert.

Inzwischen will auch der NRW-Bauminister Lienenkämper eine Bundesratsinitiative starten.

All das wird seine Zeit dauern, deshalb wollen wir eine solche Politik schon jetzt möglichst zielstrebig praktizieren. Deshalb unterstützen wir auch die AG Stadtbahn-Bau, sie kann die KVB und Bilfinger und Berger kontrollieren. Aber ohne ausreichendes und gut qualifiziertes Personal wird das nicht gehen. Wir müssen jetzt zielstrebig handeln, um auch langfristig eigene Ressourcen der Stadt Köln wieder aufzubauen. Wir müssen in der Stadtverwaltung so gut aufgestellt sein, dass wir auch in Zukunft schwierige und komplizierte Bauwerke selber abwickeln können. Vier zusätzliche Mitarbeiter sind ein Anfang. Entscheidend ist schlussendlich das Zusammenspiel der gesamten Verwaltung. Hier wird DIE LINKE weiterkämpfen, bis Köln wieder einen eigenen Tiefbaudezernenten hat. Schließlich darf es nicht sein, dass die 3. Baustufe wieder an die KVB vergeben wird.

Es ist höchste Zeit, einen neuen Weg einzuschlagen. Jetzt müssen endlich Konsequenzen aus dem Unglück, dem Tod dreier Menschen und dem Verlust des Stadtarchivs gezogen werden. *Jörg Detjen*

Solange Köln keinen Haushalt für das Jahr 2010 beschlossen hat, bekommen soziale Träger nur Abschlagszahlungen. Quartalsweise werden ihnen die Gelder des Vorjahres anteilig überwiesen. Kürzungen oder Erhöhungen ihrer Zuwendungen müssen im neuen Haushalt verabschiedet werden. Solange bleibt alles beim Alten. Denkste!

Für das erste Quartal 2010 hat die Stadt zwar ein Viertel des Ansatzes von 2008/2009 überwiesen. Allerdings gab es zwischendurch eine Tarifsteigerung im öffentlichen Dienst. Da die sozialen Träger angelehnt an diesen Tarifvertrag zahlen, wurden ihnen nachträglich in den jeweiligen Fachausschüssen ihre Mehrkosten für Personal erstattet. Genau diese Mehrkosten wurden allerdings in den Überweisungen von Januar bis März „vergessen“. Das führte dazu, dass die Träger eine deutliche Finanzierungslücke bei ihren Personalkosten hatten.

DIE LINKE stellte auf der Ratssitzung im Dezember erfolgreich den Antrag, die Mehrkosten an die Träger zu überweisen. Damit der Fehler bei der zweiten Rate nicht noch einmal passiert, stellten wir diesen Antrag zur März Sitzung noch einmal. Gleichzeitig wollten wir den Betrag auch für das 3. und 4. Quartal beschließen, damit die Träger Planungssicherheit haben. Doppelt hält besser, dachte sich anscheinend die CDU, als sie ebenfalls einen Antrag, al-

Kein Weiter so! DIE LINKE. lehnt Doppelhaushalt ab

Die Finanzkrise hat eines deutlich gemacht: Die Kommunen sind völlig unterfinanziert und werden von Bund und Land nicht als gleichberechtigte Partner anerkannt. Aufgaben werden an die Kommunen delegiert, Probleme verlagert, jedoch ohne den Kommunen die Kosten zu erstatten. Eine Anfrage der LINKEN bringt es ans Tageslicht: Köln wird in den Jahren 2009 bis 2013 77 Mio. Euro für das Kinderfördergesetz ausgeben. Diese 77 Mio. Euro sind Kosten, die das Land auf uns abgewälzt hat.

Wir brauchen endlich eine kommunale Finanzreform. Auch Ärzte und Rechtsanwältinnen müssen in die Gewerbesteuerzahlungen einbezogen werden. Der Bund muss sofort auf die Gewerbesteuerumlage verzichten. Denn Köln wird in diesem Jahr 400 Mio. Euro weniger Gewerbesteuer einnehmen als 2008. Der Oberbürgermeister spricht davon, dass Köln vor einer tief greifenden Finanzkrise steht. Er sagt aber auch: „Aber wir müssen uns auch an die eigene Brust klopfen. Für eine Reihe von Finanzproblemen trägt die Politik der vergangenen Jahre die Verantwortung.“

Der letzte Haushalt wurde von SPD, CDU und Grünen mit einem Defizit von 100 Mio. Euro beschlossen. Vielleicht meint er aber auch die Überweisungen von 27

Mio. Euro jährlich an den Oppenheim-Esch-Fonds für die Messehallen oder die vielen Millionen Verluste der Sparkasse, die im letzten Jahr von der Stadt Köln 350 Mio. Euro erhalten hat. Als Oberbürgermeister Roters noch Regierungspräsident war, hatte er dem Kölner Stadtrat zweimal empfohlen, die Gewerbesteuer zu erhöhen. Das könnte er auch jetzt machen! Denn die Kulturförderabgabe alleine ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Außerdem steht die Drohung der schwarz-gelben Landesregierung im Raum, diesen Ratsbeschluss zu kassieren.

Seit Jahren hat Köln ein strukturelles Defizit. Doch statt auf die Aufgabenseite zu verweisen, muss sich die Politik die Einnahmeseite anschauen. Hier ist jahrelang nichts unternommen worden. Das ist ein fataler Fehler. Die riskanten Finanzgeschäfte der Stadt haben dieses Defizit noch verstärkt. Damit muss Schluss sein.

CDU, SPD, Grüne und FDP machen einfach weiter, als ob nichts gewesen ist. Deswegen wird DIE LINKE den Beschluss zur Aufstellung eines Doppelhaushaltes ablehnen. Der Beschluss setzt die Politik der Unterfinanzierung systematisch fort. Darüber hinaus setzt der Bürgerhaushalt dadurch ein weiteres Jahr aus.

Jörg Detjen

Soziale Träger in Köln nicht im Regen stehen lassen

lerdings nur zur Zahlung bis zur 3. Rate, stellte. Prompt stellte die Haushaltskoalition aus SPD, Grüne und FDP ebenfalls einen Antrag auf Auszahlung – nur der 2. Rate. Zwar hat sie diesmal die Personalkostensteigerungen berücksichtigt. Grundlage ihres Ansatzes ist allerdings der Haushaltsansatz 2010, der gar nicht mehr gilt, weil zurückgezogen – und damit auch nicht mehr

berücksichtigt hätte werden dürfen – und der schon pauschale Kürzungen enthält.

Entweder ist das schon ein Vorgeschnack auf die drohenden Sozialkürzungen durch Rot-Gelb-Grün. Oder die drei können schlicht immer noch nicht rechnen. Beides lässt Schlimmes für den kommenden Haushalt erahnen.

Jörg Detjen

Kürzungen und Aufgabenübertragungen auf die kommunalen Haushalte

Bereich	Antwort Verwaltung 23.03. zus. Aufwand für Stadt Köln (Mio/Jahr)
Kinderförderungsgesetz	- 77 Mio (insges. für 2009-2013)
OGTS	- 7,7 Mio (Pflicht)
	- 14,3 Mio (per Ratsbeschluss)
Beratungsstellen f. Arbeitslose	- 0,26 in 2009
	- 0,227 in 2010 (pauschale Kürzung)
Wohnungslosenprojekte, Streichung der Förderung	(Modellversuch Wohnberatung)
	- 0,0251 (2009); - 0,052 (2010)
Kommunalisierung	- 0,394 (2008)
Umweltverwaltung	- 0,6 (2009, vorl.)
Kommunalisierung Versorgungszentren	- 1,5 (2009); 2010 erwartet -1,74
Gesundheitsamt (Verfahren AIDS und Drogen kommunalisiert)	- 0,015 (zus. Personal)

Im LVR ist DIE LINKE. mit drei KölnerInnen am Start

Der Landschaftsverband Rheinland hat sich als Träger solcher kommunaler Aufgaben bewährt, die einzelne Gemeinden alleine überfordern würden. Finanziert werden sie überwiegend von den Kommunen, die zur Zeit ca. 17 % ihres Steuereinkommens an die Landschaftsverbände weitergeben.

Der Landschaftsverband Rheinland ist der größte Kommunalverband in Deutschland. Er beschäftigt 15.000 Mitarbeiter in über 90 Einrichtungen, darunter 40 Förderschulen, zwei Krankenschulen, zehn Krankenhäuser und sechs Museen. Die Größe seines Haushaltes beträgt knapp drei Milliarden Euro und hat damit fast das Volumen des Kölner Haushaltes. Der mit Abstand größte Teil (etwa 90 Prozent) des Haushaltes gehört sozialen Leistungen. Das sind Leistungen für Behinderte, Gesundheitsdienste und Altenhilfe, Schulträgeraufgaben, Kinder-, Jugend- und Familienhilfe und noch etliche weitere soziale Leistungen.

Der Bereich der Behindertenpolitik ist in NRW fast vollständig in die Verantwortung der Landschaftsverbände gestellt. Aus

diesem Grund umfasst dieser Bereich den größten Posten in den Etats der Landschaftsverbände.

Die Landschaftsversammlungen sind das höchste Gremium der Landschaftsverbände. Sie setzen sich zusammen aus Mitgliedern der Kreistage und Stadträte sowie speziellen Reservelisten der Parteien und bilden die jeweiligen politischen Mehrheitsverhältnisse der Kommunalwahlen ab.

Seit 1999 hat DIE LINKE. (bzw. PDS) Sitz in der Landschaftsversammlung Rheinland und begleitet seitdem die Politik des LVR. Mit den jüngsten Kommunalwahlen erreichte DIE LINKE. Fraktionsstatus und ist nunmehr mit 6 Mitgliedern in der Landschaftsversammlung und außerdem zusammen mit weiteren 10 sachkundigen Bürgern auch in sämtlichen Ausschüssen des LVR mit Stimmrecht vertreten.

Drei KölnerInnen sind unter diesen 16 politischen VertreterInnen der LINKEN: Die Fraktionsvorsitzende und Mitglied der Landschaftsversammlung Ulrike Detjen sowie die beiden sachkundigen Bürger Michel Giese (Krankenhausausschuss 2) und

Felix Schulte (Umweltausschuss), der auch Fraktionsgeschäftsführer ist.

Ein zentrales Gebiet linker Politik im Landschaftsverband wird die UNO-Behindertenrechtskonvention mit ihrer verbindlichen Forderung nach Inklusion sein.

In allen Fragen, die die Aufgabenbereiche des Landschaftsverbandes betreffen, ob Behindertenpolitik oder Kulturpolitik, versteht sich die Fraktion mit ihrer Geschäftsstelle als Ansprechpartner, Ratgeber aber auch Ratnehmer der kommunalen VertreterInnen unserer Partei, selbstredend neben allen Anderen, die sich an DIE LINKE. im LVR wenden möchten.

Felix Schulte

Kontakt: DIE LINKE. in der Landschaftsversammlung Rheinland, Kennedy-Ufer 2, 50679 Köln, Landeshaus, Zi. C 407
Postanschrift: DIE LINKE. i.d. Landschaftsversammlung Rheinland, LVR, 50663 Köln
Tel.: 0221/809-7661, -7666, Fax -7663, Email: die.linke@lvr.de

Bürgerbegehren Schauspielhaus: Etablierte Parteien torpedieren Volksentscheid zur Landtagswahl

Auf der letzten Ratssitzung hatten es die Kölner Parteien in der Hand: DIE LINKE. hatte zusammen mit dem Kölner-Bürger-Bündnis und Deine Freunde einen Ratsbürgerentscheid zur Sanierung bzw. zum Neubau des Schauspielhauses vorgeschlagen. Zu diesem Zeitpunkt war es noch möglich, die Kölner und Kölnerinnen zusammen mit der Landtagswahl am 9. Mai an die Urnen zu bitten. Doch dem Dringlichkeitsantrag wurde die Dringlichkeit von SPD, CDU, Grüne und FDP nicht zugebilligt. Jetzt ist es zu spät dafür, denn Fristen müssen eingehalten werden.

Inzwischen hat die Bürgerinitiative über 50.000 Unterschriften gesammelt. Das ist ein riesiger Erfolg. In drei Wochen wird der Rat entscheiden, wie weiter verfahren wird. Die Verwaltung bereitet bereits einen Bürgerentscheid für den 11. Juli vor.

Von den Befürwortern eines Neubaus des Schauspielhauses wird der Bürgerinitiative gern vorgeworfen, sie verzögere mit dem Volksbegehren den Beginn der Arbeiten. Doch Oberbürgermeister Roters, kein Unterstützer der Bürgerinitiative, schiebt die Klärung wichtiger

Fragen auf die lange Bank. Die Erben des Schauspielhaus-Erbauers Riphahn machen Urheberrecht geltend. Das könnte den Abriss unmöglich machen. Doch anstatt mit den Erben Gespräche zur Klärung zu führen, lässt der OB erst einmal einen Erbenachweis verlangen anstatt darauf zu vertrauen, dass ihr renommierter Rechtsanwalt schon geprüft hat, ob sie tatsächlich die Erben sind.

Unsouverän auch das Vorgehen bei einer Informationsveranstaltung. Sie ist prinzipiell begrüßenswert. Doch sie ist weder

mit den Fraktionen, noch mit den Beigeordneten abgesprochen worden und auch die Bürgerinitiative „Mut zu Kultur“ ist überhaupt nicht einbezogen worden. Was soll das?

DIE LINKE. schlägt vor, dass die sehr guten Entwürfe und neuen Konzepte für die Sanierung von „Mut zu Kultur“ sofort geprüft werden, damit möglichst schnell detaillierte Sanierungsvarianten mit einer genauen Kostenrechnung incl. der Folgekosten – die seit Ende letzten Jahres immer noch nicht vorliegen – erarbeitet werden.

Die modularen Sanierungsvorschläge von „Mut zu Kultur“ haben den großen Charme, dass vor Ende der Interimsphase der normale Spielbetrieb begonnen werden könnte.

Falls der Rat nicht von sich aus einlenkt, muss der Bürgerentscheid vor der Sommerpause statt finden.

DIE LINKE. will eine breite Beteiligung. Dafür sollten alle demokratischen Parteien im Rat dazu aufrufen, zur Wahl zu gehen. Der Oberbürgermeister sollte dazu auf der nächsten Ratssitzung ein Konzept vorlegen, wie wir das gemeinsam erreichen können.

Jörg Detjen



Am 14. März feierte die Bürgerinitiative „Mut zu Kultur“ die Übergabe von 50.000 Unterschriften für einen Bürgerentscheid

Aus den Ausschüssen

■ Schule und Weiterbildung

Kein Geld für Essen – keine Nachmittagsbetreuung in der Schule

Für Kinder mit Köln-Pass kostet das ermäßigte Mittagessen in der Offenen Ganztagschule einen Euro. Im Monat fallen ungefähr 20 Euro Essenskosten an.

Um an der Nachmittagsbetreuung teilnehmen zu können, müssen die Mittagessenskosten bezahlt sein. Wie die Verwaltung mitteilte, wurden im Schuljahr 2008/2009 acht Kinder wegen nicht gezahlter Essenbeiträge aus dem Offenen Ganztags ausgeschlossen. Ob diese Zahlen belastbar sind, ist ungewiss. Der LINKEN sind allein an einer Schule vier Fälle bekannt, in denen Schüler ausgeschlossen wurden. Laut Verwaltung haben außerdem weitaus mehr der 18.000 Grundschüler im Offenen Ganztags gar nicht oder verzögert gezahlt. Auch für sie könnte die Nachmittagsbetreuung gefährdet sein.

Acht Kinder, die nachmittags auf der Straße stehen, sind acht Kinder zu viel. Die Nachmittagsbetreuung dieser Kinder scheitert an insgesamt 160 Euro pro Monat. Dabei ist gerade für diese Kinder eine gute Betreuung sehr wichtig, um sich optimal entwickeln zu können.

Wenn diese Politik des Ausschlusses von der Offenen Ganztagschule weiter so gehandhabt wird, werden immer mehr hungrige Kinder nachmittags allein auf sich gestellt sein. Köln zahlt dann die Kosten, die es jetzt beim Mittagessen spart, über Jugendhilfemaßnahmen hundertfach. Die Stadt Köln darf diese Ausgrenzung von armen Kindern schon rein aus menschlichen Gründen nicht mitmachen. Deswegen haben wir im Schulausschuss für eine fraktionsübergreifende Lösung plädiert.

DIE LINKE möchte ein kostenloses Mittagessen für alle Kinder.

Özlem Alev Demirel

■ Jugendhilfe

Kinderbetreuung für unter Dreijährige zuerst für Erwerbstätige?

Der Mangel an qualifizierter Betreuung der unter Drei-Jährigen in Köln ist für die Stadt kein Ruhmesblatt. So liegt die Versorgungsquote bei den U3-Plätzen gerade mal bei 23 %. Auf eine Anfrage der LINKEN im Jugendhilfeausschuss teilte die Verwaltung mit, dass von den 4106 Anträgen auf einen U3-Platz lediglich 1150 positiv beschieden wurden – das sind nur traurige 28 %! Voraussichtlich werden in diesem Jahr ca.

200 neue Betreuungsplätze hinzukommen. Das deckt den Bedarf nicht, ist offensichtlich. Einer der Ursachen für die mangelhafte Ausstattung mit U3-Plätzen ist, dass die Landesregierung Mittel des Bundes für die Betreuung von unter Drei-Jährigen zurückhält.

Die Vergabekriterien sehen vor, dass die wenigen Plätze zuerst an erwerbstätige Männer und Frauen vergeben werden. Erwerbslose werden benachteiligt und haben ohne Kinderbetreuung aber keine Chance, eine Erwerbsarbeit zu finden, gerade dann, wenn sie alleinerziehend sind. Kindern aus diesen Familien wird ein U3-Platz vorenthalten. Auch die Reihenfolge der Anmeldung spielt bei der Vergabe eine entscheidende Rolle.

Auch die Aussage der Verwaltung, dass parallel zum Antrag auf einen U3-Platz ein Antrag auf eine Tagesmutter oder Tagesvater gestellt werden kann, ist wenig hilfreich, da die Finanzierung einer solchen Betreuung in den seltensten Fällen von den betroffenen Menschen sichergestellt werden kann.

Solange nicht jedes Kind einen Platz in einer solchen Einrichtung hat, wird sich DIE LINKE für eine stärkere Berücksichtigung von Erwerbslosen einsetzen.

Claudia Trappe-Nolden

■ Stadtentwicklung

Fauler Kompromiss zum Gereonshof

Für die Umgestaltung des Gerlingviertels zeichnet sich ein schlechter Kompromiss ab. Nachdem der Gerlingkonzern die Kölner Innenstadt verlassen hat, steht die Stadtplanung vor der Aufgabe, das Areal in die Innenstadt zu integrieren. Es muss eine Verbindung zu den angrenzenden Veedeln hergestellt werden, um die bis dato bestehenden Barrieren zum übrigen Stadtraum zu überwinden.

Die wertvolle Immobilie befindet sich innerhalb der Grenzen des mittelalterlichen Kölns. Damit besteht auch die Verpflichtung, die romanischen Kirchen in ihrer Wirkung zu schützen. Von der Neugestaltung des Gebietes ist die Kirche St. Gereon be-

troffen. Der Rat der Stadt Köln hat ein Höhenkonzept verabschiedet, welches die romanischen Kirchen in ihrer Wirkung schützen soll. Grundsätzlich gilt: Im Wirkungsbereich der Kirchen soll kein Gebäude höher sein, als die Traufkante des Hauptschiffes der zu schützenden Kirche.

Eigentlich eine einfache Sache, wären da nicht Interessen von Investoren. Diese wollen möglichst hoch bauen, um im hochpreisigen Segment möglichst viel Wohn- oder Bürofläche verkaufen zu können. Da die Verwaltung den Investor Frankonia nicht verärgern möchte, interpretiert sie



St. Gereon bald völlig zugebaut?

das Höhenkonzept zu dessen Gunsten mit dem Ergebnis, dass Staffelgeschosse gebaut werden können, die angeblich die Wirkung der Kirche nicht beeinträchtigen.

Dies steht dem politischen Willen des Höhenkonzeptes entgegen. Deshalb fordert DIE LINKE eine Konkretisierung und verbindliche Festschreibung des Höhenkonzeptes: Bei den Gebäuden, die im Wirkungsbereich einer romanischen Kirche oder des Doms entstehen, muss immer die absolute Höhe das Maß der Dinge sein und nicht die Traufhöhe. Dieses Prinzip wird von der aktuellen Planung im Gereonshof nicht beachtet.

Die Verwaltung führt an, dass eine umfangreiche Bürgerbeteiligung statt gefunden hat. Dies ist nicht zu bestreiten. Die Einwände der Bürger wurden aber fast alle zurückgewiesen. Lediglich ein Kinderspielplatz wird nicht wie vorgesehen verwirklicht, dadurch hat die Frankonia keine Gewinneinbußen zu befürchten.

Angeblich will die Frankonia auch auf die riesigen Balkone im Umfeld der Kirche verzichten, einen Beschluss im Stadtentwicklungsausschuss hierzu hat die Verwaltung verhindert.

Statt einer eiligen Beschlussfassung im Rat fordert DIE LINKE ein Mediationsverfahren. Nur so kann ein Interessenausgleich zwischen den Beteiligten hergestellt werden.

Michael Weisenstein

■ Soziales und Senioren

Rolle rückwärts bei der Einschulungshilfe

Eine unangenehme Überraschung brachte das Studium einer Antwort auf eine Anfrage der CDU. Dort steht: „Eine Einschulungshilfe kann nicht mehr gezahlt werden!“. Nach den Planungen der Verwaltung soll die erst am 30.06.2009 eingeführte Einschulungshilfe für Erstklässler wieder eingestellt werden.

Im Schuljahr 2009/2010 wurde für 850 Mädchen und Jungen mit einem Köln-Pass diese finanzielle Hilfe für die Erstattung mit Schulmaterial gezahlt. Dabei wurde der Höchstbetrag von 160 Euro in fast allen Fällen ausgeschöpft.

Nun soll mit dieser Hilfe für finanziell schwache Familien Schluss sein. Unter dem Regime der Haushaltssicherung ist diese Hilfe, nach Aussage der von der Verwaltung eingesetzten Task Force, nicht mehr zu finanzieren.

Aber die Vorlage zur Sitzung am 04.03.2010 brachte noch eine weitere Überraschung. Mit der Begründung, dass der VRS seinen Tarif zum 01.01.2010 erhöht habe und das immer mehr Menschen einen Anspruch auf einen Köln Pass haben, sollen auch hier Leistungen gekürzt werden. Dabei war es das Ziel der Änderungen, die am 30.06.2009 im Rat beschlossen wurden, gerade dies zu erreichen. Es sollten mehr Menschen in den Genuss von Vergünstigungen mit dem Köln-Pass kommen. Und nun soll das Rad wieder zurückgedreht werden.

Auf die mündliche Nachfrage, ob die Vorschläge nur ein Planspiel der Verwaltung seien oder der politische Wille der Stadtspitze, gab Dezernentin Marlis Bredehorst keine Antwort. „Über Details des Sozialhaushalts dürfe sie keine Aussagen machen“, so der kurze Kommentar der sonst so redseligen grünen Politikerin.

Der Köln-Pass wurde auf Initiative der LINKEN wieder eingeführt. Er hilft vielen Familien in Köln am sozialen Leben teilzunehmen und mobil zu sein. Wir werden diese Errungenschaft nicht kampfflos preisgeben.

Richard Klein

■ Umwelt und Grün

Noch ein zweischneidiges Geschenk

Wie bekannt bekam die Stadt Köln vor kurzem einen Entwurf für einen „Masterplan Innenstadt“ geschenkt (!). Die Stadtverwaltung freute sich, sie sparte Geld und die Mühe, die Erstellung so eines Entwurfs anzuleiern. Es sparte der Verwaltung auch die Mühe, sich schon im Vorfeld mit allerhand Ideen von allerhand Leuten – zum Beispiel gewählten Volksvertretern – auseinander

zu setzen. Das Geschenk kam von der Industrie und Handelskammer – ein Schelm wer Schlechtes dabei denkt – deren Selbstlosigkeit ist ja unbezweifelbar.

Weil dieses Spiel so schön war, soll es jetzt noch einmal aufgeführt werden. Diesmal will die Stiftung Kölner Grün der Stadt einen Entwurf für einen „Masterplan äußerer Grüngürtel“ schenken. Eine 12-monatige Erkundungsphase ist schon durch, ein Bericht wurde im Ausschuss Umwelt und Grün vorgestellt. In weiteren ca. 12 Monaten soll ein Entwurf für einen Masterplan vorgelegt werden.

Schön, wenn die Bürger der Stadt etwas schenken. Nur: Der Nebeneffekt ist in diesem Fall – wie beim Masterplan Innenstadt – die Vorstrukturierung der öffentlichen Debatte und des städtischen Planens durch private d.h. der Öffentlichkeit nicht verantwortliche Akteure. Praktisch - wenn auch nicht formal – ist das die Privatisierung kommunalen Handelns.

In einem jetzt von der Stiftung vorgelegten Bericht über die Erkundungsphase heißt es über einige Bebauungsänderungen: „Die besondere Lagegunst wird nicht adäquat genutzt. Die Auslotung der möglichen Potentiale könnte Gegenstand der weiteren Bearbeitung sein.“ Schaut man sich dann die Namen an, die zur Stiftung Grün gehören, könnte einem der Verdacht auf weitere, auch finanzielle Interessen kommen: Mit Paul Bauwens-Adenauer und Dr. Patrick Adenauer sind zwei der drei Stiftungsgeschäftsführer Gesellschafter der Bauwens-Gruppe. Diese führt laut Internetseite „immobilienwirtschaftliche Investitionen für Geschäftspartner in den Bereichen Construction, Development und Asset Management“ durch. Könnte ja sein, dass da auch mal Immobilien dabei sind, die durchaus von der Gestaltung des Grüngürtels betroffen sind.

Dieter Koberg

■ Umwelt und Grün

Stellungnahmen zum Bürgerhaushalt missverständlich

Ein Vorschlag im Bürgerhaushalt war, zur Einhaltung der Baumschutzsatzung mehr Stellen einzurichten. Die Stellungnahme der Verwaltung lautet dazu – in kurzen Worten: Der Rat hat bereits am 10.09.2009 zwei zusätzliche Stellen beschlossen und die „Untere Landschaftsbehörde“ hat weitere Stellen beantragt. Dem Anliegen des Antragstellers wurde daher bereits im Vorfeld des Bürgerhaushaltes entsprochen.

Dem Ausschuss Umwelt und Grün wurde dagegen bereits am 03.12.2009 in einer Antwort auf eine gemeinsamen Anfrage von SPD und Grünen mitgeteilt, dass das für Stellenbesetzungen zuständige Dezernat I die Besetzung der beschlossenen Stellen ablehnt.

Auf die mündliche Anfrage der LINKEN im letzten Umweltausschuss, ob die Stellungnahme zum Bürgerhaushalt so zu verstehen sei, dass das Dezernat I seinen Widerstand aufgegeben habe und die Stellen nun doch zugesetzt würden oder ob die Stellungnahme zum Bürgerhaushalt an dieser Stelle nicht ganz korrekt sei, gab Umweltdezernentin Bredehorst eine nicht wirklich zufrieden stellende Antwort. So seien die Stellungnahmen der Verwaltung zum Bürgerhaushalt eher allgemein gehalten und gingen nicht so ins Detail. Was die Stellen beträfe, so müsse sie auf die so genannte „Task Force“ verweisen.

Die besagte Stellungnahme im Bürgerhaushalt ist mehr als ungenau, denn sie impliziert, dass der Vorschlag bereits umgesetzt würde, obwohl dem zumindest derzeit nicht so ist. Das ist nicht zielführend. Ein guter Bürgervorschlag wird so von den politischen Gremien nicht mehr aufgegriffen.

Das entspricht nicht dem Sinn des Bürgerhaushaltes und es bleibt zu hoffen, dass die anderen Stellungnahmen nicht genau so „missverständlich“ sind. Darüber, dass Ausschuss- und Ratsentscheidungen von der Verwaltung zurück gepfiffen werden, regen wir uns dann an anderer Stelle auf.

HP Fischer

■ Sport

Rechtsextremer Uckermann versagt in Staatsbürgerkunde

Auf der Januarsitzung hatte die rechtsextreme „Pro Köln“ einen Antrag auf einen „Tag der Kölner Sportvereine im Rathaus“ gestellt.



Nachdem sich einige Ausschussmitglieder ablehnend geäußert hatten, weil es eine „bestens bewährte Ehrungsstruktur“ gibt, und die Meinung vertreten wurde, dadurch hätte sich der Antrag erledigt, bemühte Herr Uckermann Nazi-Vergleiche. Anscheinend rief die Erfahrung, dass Menschen anderer Meinung sein können, bei Uckermann „Erinnerungen an gewisse andere Systeme außerhalb einer Demokratie“ wach. Nach der Abstimmungsniederlage fühlte Herr Uckermann noch einmal Erinnerung in sich aufsteigen. „Das ist ja wie im Führerhauptquartier“! Folgerichtig wurde er der Sitzung verwiesen.

Da hat Herr Uckermann aber den Staatsbürgerkundeunterricht geschwänzt oder aber etwas gründlich missverstanden. Hier noch einmal zum Mitschreiben: Unterschiedliche Meinungen erwünscht = Demokratie, nur gleiche Meinungen erwünscht = Diktatur. Setzen, sechs!

Andrea Kostolnik

Aus den Bezirksvertretungen

■ Ehrenfeld

Mehrsprachigkeit

Die EU formuliert als Bildungsziel, dass jeder EU-Bürger neben der Muttersprache mindestens zwei weitere Sprachen lernen solle. Eine Evaluationsstudie mit dem Thema „Mehrsprachigkeit im Bildungswesen in Köln“ wurde für den Bezirk Ehrenfeld erstellt. Die multikulturell ausgerichtete Bevölkerung Ehrenfelds macht ein entsprechendes Angebot sinnvoll. Laut der angesprochenen Studie ist in Ehrenfeld das mehrsprachige Angebot sowohl im Vorschulbereich, als auch an den allgemein bildenden Schulen erschreckend gering. Es gibt nur italienische Bildungsangebote, und diese auch nur in der Primarstufe, wie auch im Sek I und Sek II Bereich. Wir meinen, dass dies bei weitem nicht ausreicht, um dem EU-Bildungsziel gerecht zu werden.

Daher wollen wir von der Verwaltung u. a. wissen, welche Angebote Kindern aus Familien mit Migrationshintergrund gemacht werden, ihre eigene Muttersprache auch in KiTa und später der Schule zu pflegen. DIE LINKE. möchte auch wissen, ob diese Angebote in Zukunft, beispielsweise im Rahmen der Offenen Ganztagsgrundschule, ausgebaut werden und welche Pläne es hierfür konkret gibt. Bei Redaktionsschluss lag noch keine Antwort der Verwaltung vor.

Wir sind fest entschlossen, dieses Thema weiter zu verfolgen und voranzutreiben.

Michael Giese

■ Kalk

DIE LINKE. setzt Zeichen

Am 24. September 1992 beschloss der Rat der Stadt Köln auf Initiative des damaligen Bezirksvertreters und heutigen Ratsmitglied Ralph Sterck (FDP) die Neugliederung des Stadtteilgebiets von Brück in die beiden selbstständigen Stadtteile Brück und Neubrück. Die erforderliche Änderung der Hauptsatzung wurde mit Veröffentlichung im Amtsblatt am 14. Dezember 1992 rechtskräftig. Somit wurde Neubrück der 85. Stadtteil von Köln.

Jetzt ist Neubrück auf Initiative des Bezirksvertreters HP Fischer (DIE LINKE.) auch für die Verkehrsteilnehmer erkennbar, die von nördlicher Seite in den Stadtteil kommen. Am Morgen des 25. Februar stellte die Stadt Köln die versprochene Ortseingangstafel auf.

Auch in Zeiten von Navis und Internet-handys ist es für alle Verkehrsteilnehmer wichtig zu wissen, wo sie sich befinden. Außerdem gehört zu einem Stadtteil auch ein Stadteilschild, wie ein Namensschild auf eine Klingel. Neubrücker sind stolz darauf Neubrücker zu sein und jeder soll es wissen,

dass er nach Neubrück kommt. Die Einschränkung, dass Ortseingangstafeln nach StVO nicht der Markierung von Stadtteilgrenzen dienen, sondern nur dem Hinweis, dass man sich in einer geschlossenen Ortschaft befindet, galt als Gegenargument nicht. Schließlich gibt es genügend Fahrzeuge, die zwar an der Autobahnabfahrt Neubrück ein Hinweisschild Richtung Neubrück sehen, aber auf dem Weg in den Stadtteil an keiner Stelle erfahren, dass sie sich in diesem und damit in einer geschlos-



Bezirksvertreter HP Fischer mit Goethe (rechts im Bild)

senen Ortschaft befinden. Damit hat DIE LINKE. ein, wenn auch nicht revolutionäres, so doch sichtbares Zeichen setzen lassen.

HP Fischer

■ Lindenthal

Es grünt so grün im Kölner Westen

Es ist Frühlingsanfang. In einem gemeinsamen Antrag von SPD, Grünen und DIE LINKE. wird der nach 19 Jahren vom Stadtplanungsamt vorgelegte Bebauungsplan zum Grünzug West (siehe hierzu den

vorletzten Platzjabbeck) in der Bezirksvertretung Lindenthal abgelehnt. Es folgt eine gut besuchte Bürgeranhörung, die sich einstimmig gegen den Bebauungsplan ausspricht. Ein Auftritt des stellvertretenden Leiters des Stadtplanungsamts beflügelt die Meinungsbildung. Er hat sich über die Inkompetenz der Mitglieder der Bezirksvertretung, der Ausschüsse und des Publikums ausgelassen, die die Wohltaten seines vorgelegten Planes nicht erkennen wollten.

Dieser Auftritt und viele treue CDU- und FDP-Wähler in der Anhörung bewirken einen bemerkenswerten Meinungsumschwung bei der CDU-Fraktion der Bezirksvertretung, und auch die FDP springt. Die Bezirksvertretung Lindenthal lehnt den Bebauungsplan einstimmig ab.

Letzter Akt letzten Donnerstag im Stadtentwicklungsausschuss: Nach Würdigung des einstimmigen Votums der Bezirksvertretung, der ablehnenden Stellungnahme der Unteren Landschaftsbehörde und des ablehnenden Votums des Ausschusses Umwelt und Grün versenkt der Stadtentwicklungsausschuss den Bebauungsplan Grünzug West einstimmig.

Wie gesagt: Es grünt so grün im Kölner Westen.

Lothar Müller

■ Rodenkirchen

Richtigstellung

In der letzten Ausgabe des Platzjabbeck, in meinem Artikel „1-Euro-Jobs am ‚Lido‘“, könnte der Eindruck erweckt worden sein, dass der Bürgeramtsleiter der BV 2 bestätigt hätte, dass eine Beschäftigung solcher Kräfte geplant war. Dies ist nicht der Fall und ich bitte, das Missverständnis zu entschuldigen.

Berthold Bronisz

„Maulkorb“ für die Verwaltung?

In den letzten Wochen ist in der Kölner Ratspolitik sehr auffällig, dass Beigeordnete, Amtsleiter und höhere Mitarbeiter der Stadtverwaltung vom Büro des Oberbürgermeisters einen „Maulkorb“ verpasst bekommen. Mehrere Fälle sind der Ratsfraktion bekannt.

Deshalb hat DIE LINKE. zur Ratssitzung nachgefragt, wie viele Sprechverbote Oberbürgermeister Roters gegen Verwaltungsangestellte verhängt hat. DIE LINKE. hätte auch gerne eine Erklärung für das restriktive Verhalten des Oberbürgermeisters. Traut er seinen Mitarbeitern nicht? DIE LINKE. hofft, dass diese Anfrage zum Nachdenken anregt und der Oberbürgermeister künftig Konsequenzen für sein Handeln zieht. Auf die Antwort auf die Anfrage der LINKEN ist die Fraktion sehr gespannt. Sie lag zu Redaktionsschluss noch nicht vor.

Jörg Detjen

Hartz IV und Arge: Alles wie gehabt?

SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben zur Ratssitzung eine Resolution zum SGB II eingebracht.

Sie sprechen sich für eine mögliche Verfassungsänderung aus, mit Hartz IV wie gehabt von der Arge verwaltet werden kann. Diese Mischverwaltung aus Arbeitsagentur (Bund) und Sozialamt (Kommune) hatte das Bundesverfassungsgericht als nicht verfassungsgemäß verworfen.

SPD und Grüne haben seinerzeit mit der Hartz-Gesetzgebung die Büchse der Pandora geöffnet. Nun versuchen sie, den Deckel in vermeintlich geschöner Form wieder drauf zu bekommen.

Die Resolution will angeblich die Interventions- und Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunen stärken. Dies kann aber nur durch das Konnexitätsprinzip gewährleistet werden. Denn was will die Kommune ohne ausreichende Mittel gestalten?

Bei den Haushaltsberatungen des Bundes musste die Bundesagentur für Arbeit eine Kürzung im Bereich „Eingliederung nach 16e“ von ca. 8 % hinnehmen. Für Köln ist das eine Mittelkürzung von 10,782 Mio Euro. Auch wenn wir als LINKE. oft um wirkliche gemeinnützige und vor allen Dingen zusätzliche Arbeit streiten, so wird dennoch die sinnvolle Unterstützung für den 2. Arbeitsmarkt damit erheblich in Frage gestellt.

Im Gesetz steht, dass Menschen im ALG II-Bezug betreut und gefördert werden sollen. Um das zu erreichen, ist die Arge konzipiert, um Mittel aus einer Hand auszahlend. Auf der Strecke geblieben sind dabei der sozialpolitische Auftrag und die innerbetriebliche Demokratie. Mitarbeiter der ARGE sind oft hoffnungslos überfordert. Die städtischen Mitarbeiter wurden

zur Bearbeitung von Sozialleistungen ausgebildet, aber nicht für die Beratung und Vermittlung von Arbeit. Darum ist es auch zum allgemein bekannten Verfassungsurteil im Sinne der Aufgabenteilung gekommen.

Die Aufgabe der Bundesagentur ist die Vermittlung. Dazu braucht es eine andere Beratungsqualität. Heute stehen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter häufig unter dem Druck, Einsparungen vorzunehmen. Es gibt feste Einsparquoten, die zu erfüllen sind. Das ist in den Beratungsgesprächen maßgebend.

Wir sind jedoch der Meinung, dass die Hauptaufgabe in den Beratungsgesprächen darin besteht, die Menschen über ihre Rechte aufzuklären und dafür Sorge zu tragen, dass niemand unter das Existenzminimum fällt. Um diese Aufgaben zu erfüllen, muss die Agentur für Arbeit dringend reformiert werden.

Jeder Mitarbeiter soll das tun, für das er

1 Person	47 qm
2 Personen	62 qm
3 Personen	77 qm
4 Personen	92 qm
5 Personen	107 qm
6 Personen	122 qm
jede weitere Person	zzgl. 15 qm

Die so genannte angemessene Wohnfläche entspricht den Vorschriften der Wohnraumförderungsbestimmungen. Diese wurden zuletzt am 28.1.2010 neu erlassen. Es wurde um 2 qm gegenüber der vorherigen Fassung angehoben.

ausgebildet wurde. Jedem Erwerbslosen soll Beratung und Förderung nach seinen Fähigkeiten zukommen.

Im Punkt 1 der Resolution heißt es: „Beratung und Hilfe durch ausreichendes besonders geeignetes und für die spezifischen Anforderungen qualifiziertes Personal als wesentlicher Bestandteil der Begleitung von Langzeitarbeitslosen müssen im Sinne des Kölner Modells durch geeignete Instrumente wie das Fallmanagement gestärkt werden.“ „Instrumente“ – „Fallmanagement“, wer lässt sich solche Begriffe einfallen?

Diese Begriffe werden in Wirklichkeit als Repressionsmittel angewandt!

Im letzten Punkt der Resolution steht, dass eine Weiterführung des Beirates oder eines vergleichbaren Beirates angestrebt wird. Das ist dann unterstützenswürdig, wenn auch die Betroffenen in einem sozial gleichberechtigten Beirat vertreten sind.

Integrationsprogramme sollen gemeinsam erarbeitet und verantwortet werden und eine bedarfsorientierte, soziale und berufliche Eingliederung sicherstellen. Wer sich aber nicht bedarfsorientiert eingliedern lassen will, wird sanktioniert.

Wenn das Grundgesetz geändert werden soll, dann würde DIE LINKE. den Paragraphen 31 SGB II streichen. Denn Menschen dürfen nicht bestraft werden, wenn Arbeitgeber gemeinnützige Arbeit nicht ordentlich bezahlen wollen!

Als sozial verantwortlich denkende Menschen wird DIE LINKE. daher dieser Resolution nicht zustimmen.

Gisela Stahlhofen

Inklusion in der Schule verwirklichen!

DIE LINKE. ist die einzige Partei, die eine Schule für Alle will. Klar, dass dazu auch die Inklusion von Kindern mit Behinderung gehört. Weil Deutschland die UN-Konvention für behinderte Menschen anerkennt, hat künftig jedes Kind mit Behinderung einen Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Regelschule. Zur Ratssitzung haben SPD und Bündnis 90/Die Grünen jetzt die Verwaltung aufgefordert, ein Konzept für Inklusion in Köln vorzulegen. So weit, so gut.

Leider bleibt der Antrag schwammig und nennt keine Rahmenbedingungen oder Ziele, die die Verwaltung in ihrem Konzept berücksichtigen bzw. aufnehmen soll.

DIE LINKE. möchte deshalb den Auftrag an die Verwaltung konkretisiert wissen und hat dazu einen Änderungsantrag gestellt.

Der Antrag lautet:

So soll nun die alte LINKE. Forderung festgeschrieben werden, dass alle Grundschul Kinder mit Behinderung, die am Gemeinsamen Unterricht teilnehmen, auch einen Platz an einer weiterführenden Regelschule erhalten. Während der rot-grüne Antrag als Ziel eine weiterführende Schule pro Stadtbezirk nennt, will DIE LINKE. den Kindern auch ermöglichen, den Schulabschluss ihrer Wahl zu machen. Eine weiterführende Schule kann auch eine Hauptschule sein.

Das Konzept muss außerdem sicherstellen, dass alle Schüler mit Behinderungen am Offenen Ganztage teilnehmen können.

Der Offene Ganztage ist personell so schlecht ausgestattet, dass Kinder, die mehr Aufwand erfordern, die Träger des Offenen Ganztages schnell überfordern.

Weiter hält DIE LINKE. eine Beschwerde- und Vermittlungsstelle für unabdingbar. Sie soll zwischen Eltern und Schule vermitteln, wenn Kinder mit Behinderung an einer Schule abgelehnt worden sind. Diese Stelle soll dann den Rechtsanspruch der behinderten Kinder auf einen Platz im inklusiven Unterricht umsetzen und gleichzeitig die Ressourcen der Schulen berücksichtigen.

Schließlich ist es der LINKEN wichtig, dass Eltern bzw. Elterninitiativen, Schulen sowie Vertreter der Wissenschaft am Erarbeitungsprozess des Konzeptes „Inklusion an Kölner Schulen“ beteiligt werden.

Andrea Kostolnik

Eine Schule für Alle.

Platzj abbeck

Bitte kostenlos schicken

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. Köln im Rat der Stadt Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzj abbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....
Name, Vorname

.....
Straße, Postleitzahl, Ort

DIE LINKE., Fraktion im Rat der Stadt Köln
Gülichplatz 1-3, Postfach 103 564, 50475 Köln
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41
email: Dielinke@stadt-koeln.de

V.i.S.d.P. Jörg Detjen

Auch heute müssen Frauen für Ihre Rechte kämpfen

Am 8. März fand zum 91. Mal der Internationale Frauentag statt. 1921 führte ihn die Sowjetunion ein, um an einen Streik von Textilarbeiterinnen in Petrograd 1917 zu erinnern, der die Februarrevolution einläutete. Seitdem nutzen ihn Frauen, um für ihre Rechte zu kämpfen.

Auch Frauen der Fraktion waren an diesem Tag unterwegs, um ihre Geschlechtsgenossinnen mit Rosen zu beschenken und für linke Frauenpolitik zu werben. Elke Hoheisel-Adejolu, Bundessprecherin der LINKEN Frauenorganisation LISA und Sachkundige Einwohnerin im Ausschuss für Schule und Weiterbildung, vertrat DIE LINKE. auf der Frauentagsveranstaltung des DGB. Sie stand unter dem Motto „Lebensverläufe im Wandel: Von der Zuverdienerin zur Familiernährerin?“ Elke Hoheisel-Adejolu vertrat die Forderung, die vorhandene Arbeit gerechter zu verteilen, „denn im Moment haben die einen häufig zu viel Arbeit und die anderen gar keine.“ Als Instrumente schlug Hoheisel-Adejolu flexible Lebensarbeitszeitmodelle und eine drastische Arbeitszeitverkürzung vor, „damit alle Zeit ha-



Elke Hoheisel-Adejolu, (Mitte) Sachkundige Einwohnerin im Ausschuss für Schule und Weiterbildung und im LISA-Bundesvorstand, auf einer Podiumsdiskussion des DGB zum Internationalen Frauentag.

ben für Arbeit, Familie und Freundschaften, für Muße und persönliche Entwicklung und für Politik und Ehrenamt.“

Die Fraktionssprecherin Gisela Stahlhofen verteilte in Ehrenfeld Rosen und die LINKE. Frauenzeitung, ebenso wie Ratsmitglied und Landtagskandidatin Özlem Demirel in Mülheim.

Andrea Kostolnik



Gisela Stahlhofen (Mitte), Fraktionssprecherin, verteilt zusammen mit dem Bundestagsabgeordneten Matthias W. Birkwald Rosen und die Frauenzeitung der LINKEN in Ehrenfeld.

Termine ...

Do, 25.3., 19 Uhr

AK Soziales
Sitzungsraum der Fraktion

Fr, 26.3., 15-16 Uhr

Sprechstunde Ratsmitglied
Claus Ludwig
Linker raum kalk, Steprathstr. 11

Di, 30.3., 19 Uhr

AK Gesundheit und Umwelt
Sitzungsraum der Fraktion

Do, 1.4., 19 Uhr

Bürgerstammtisch Altstadt-Nord
Em Altertümche, Ritterstr. 57

Fr, 9.4., 15-16 Uhr

Sprechstunde Bezirksvertreter
HP Fischer
Linker raum kalk, Steprathstr. 11

Mi, 14.4., 18 Uhr

Mittwochsreis mit Heidrun Bluhm (MdB)
Haus Neuerburg

Do, 8.4., 18-20 Uhr

Bürgersprechstunde
OV Ehrenfeld
Venloer Str. 440 neben GNN-Verlag

Do, 15.4., 19 Uhr

Bürgerstammtisch Altstadt-Süd
Amörchen, An der Bottmühle 13

Fr, 16.4., 15-16 Uhr

Sprechstunde Ratsmitglied
Claus Ludwig
Linker raum kalk, Steprathstr. 11

Do, 22.4., 17.30 Uhr

AK Jugend und Schule
Sitzungsraum der Fraktion

Fr, 23.4., 15-16 Uhr

Sprechstunde Bezirksvertreter
HP Fischer
Linker raum kalk, Steprathstr. 11

Di, 27.4., 19 Uhr

AK Gesundheit und Umwelt
Sitzungsraum der Fraktion